

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
**gemeinsame Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses und des
Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr der Stadt Haan**
am Dienstag, dem 29.05.2018 um 17:00 Uhr
im Aula des Schulzentrum Walder Strasse

Beginn:
17:10

Ende:
20:00

Vorsitz

Stv. Jens Lemke (SUVA)
Stv. Bernd Stracke (SIA)

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann (SIA)
Stv. Harald Giebels (SUVA)
Stv. Udo Greeff (SUVA / SIA) Vertretung für AM Goeken (SIA)
AM Manfred Kupke (SIA) Vertretung für AM Dörfler (SIA)
AM Annette Leonhardt (SUVA)
AM Günter Meerhoff (SUVA)
Stv. Klaus Mentrop (SIA)
Stv. Monika Morwind (SIA)
Stv. Folke Schmelcher (SUVA)
Stv. Rainer Wetterau (SIA)

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus (SUVA)
Stv. Jörg Dürr (SUVA / SIA)
Stv. Juliane Eichler (SUVA)
Stv. Uwe Elker (SUVA)
Stv. Ulrich Klaus (SUVA)
AM Hans Lenz (SIA)
Stv. Alfred Leske (SIA) Vertretung für Stv. Kunkel-Grätz (SIA)
AM Ilkay Solmaz (SIA)

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat (SIA)
AM Achim Metzger (SUVA)
Stv. Peter Schniewind (SUVA)
AM Dieter Terjung (SIA)

GAL-Fraktion

Stv. Jörg-Uwe Pieper (SUVA)
Stv. Andreas Rehm (SUVA)

Stv. Jochen Sack
Stv. Elke Zerhusen-Elker

(SIA) Vertretung für AM Ramsel (SIA)
(SIA)

FDP-Fraktion

AM Eva-Lotta Dahmann
Stv. Reinhard Zipper

(SIA) Vertretung für Stv. Raabe (SIA)
(SUVA)

AfD-Fraktion

AM Monika Birk
AM Bernd Krütt

(SIA)
(SUVA)

Schriftführer

VA Elena Kohlhaas

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Verwaltung

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella
Beigeordnete/r Engin Alparslan
TA Peter Sangermann
VA Michael Schneider

Gäste

Stv. Robert Abel
Frau Gabi Bongard
Herr Dieter Smolka

Der Vorsitzende Bernd Stracke eröffnet um 17:10 Uhr die gemeinsame Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses und des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentliche Sitzung

1./ Mindeststandards in Städtische Wohnunterkünfte Ergänzungsvorlage - Gemeinsame Beratung des TOP im SIA und SUVA - Vorlage: 50/011/2018

Protokoll:

AL Schneider führte in den Tagesordnungspunkt ein. Die Verwaltung führte aus, dass in der Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses vom 21.03.2018 eingehend über die Festlegung der Mindeststandards in städtischen Wohnunterkünften beraten und diskutiert wurde. Die Politik forderte die Verwaltung auf, einen Ergänzungsbeschluss mit Empfehlungscharakter im Hinblick auf die Unterbringung von klassischen Familien mit Kindern, sowie Alleinstehende mit Kindern, zu erarbeiten und vorzustellen, was mit der Vorlage 50/011/2018 geschehen ist.

Die Politik diskutiert hierüber und berät eingehend.

Die CDU-Ratsfraktion beantragt einen Ergänzungsbeschluss zu den Vorlagen 50/011/2018 und 50/006/2018.

Dieser lautet wie folgt:

Beschlussvorschlag:

Im Rahmen der räumlichen Gegebenheiten sind alleinstehende Personen räumlich getrennt, auch an anderen Standorten, von den anderen Personengruppen unterzubringen

Es erfolgt eine kurze Sitzungsunterbrechung aufgrund von Beratungsbedarf in den einzelnen Fraktionen.

Sodann erfolgte eine Abstimmung über den Ergänzungsbeschluss als weitergehender Beschlussvorschlag.

Die CDU-Ratsfraktion beantragt einen Ergänzungsbeschluss zu den Verwaltungsvorlagen 50/011/2018 und 50/006/2018, der als weitergehender Beschluss zunächst zur Abstimmung gestellt wird.

Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion:

Im Rahmen der räumlichen Gegebenheiten sind alleinstehende Personen räumlich getrennt, auch an anderen Standorten, von den anderen Personengruppen unterzubringen.

Beschluss gem. Vorlage:

Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt dem HFA und dem Rat der Stadt Haan die in den Vorlagen 560/011/2018 und 50/006/2018 vom Caritasverband empfohlenen Mindeststandards mit der Maßgabe festzusetzen, dass für Familien bzw. Alleinerziehende mit Kindern abgeschlossene Wohneinheiten mit Küche, Toilette, Waschbecken und Dusche abgetrennt von anderen Bewohnern, zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis BV der CDU-Fraktion:**SIA****mehrheitlich abgelehnt**

6 Ja / 10 Nein / 1 Enthaltungen

SUVA**mehrheitlich abgelehnt**

6 Ja / 10 Nein / 1 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis BV gem. Vorlage:**SIA****mehrheitlich angenommen**

10 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltungen

SUVA**mehrheitlich angenommen**

10 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltungen

1.1. Anfragen

/

Protokoll:

1. Frau Lukat stellte im Vorhinein eine Anfrage an die Verwaltung. Herr Beigeordneter Alparslan verteilte eine schriftliche Antwort an die Ausschussmitglieder.
2. Im Rahmen der Anfrage der WLH vom 15.05.2018 (siehe Anlage) hatte die Verwaltung zugesagt, die Frage 2 zu Protokoll zu beantworten:

Die Frage der WLH lautete:

Wie viele Bürger / Bürgerinnen sind aktuell insgesamt von den angezeigten Gesundheitsrisiken betroffen, d.h. Anzahl der Anwohner der als hochbelastet angezeigten Straßen / Straßenabschnitten?

Antwort der Verwaltung: Die Anzahl der Anwohner der als hochbelastet geltenden Straßenabschnitte der Hochdahler Straße und der Ohligser Str. beträgt 2200 Personen.

1.2. Mitteilungen

/

Protokoll:

Herr Greeff schlägt vor, für weitere gemeinsame Sitzung von Ausschüssen möglichst unterschiedlich farbige Karten zu verteilen, sodass eine Abstimmung leichter zu bewerten sei.

2./ Bericht der Behindertenbeauftragten

Protokoll:

Frau Bongard und Herr Smolka stellen den Bericht vor.

Die Verwaltung wurde gebeten, darauf zu achten, dass bei den Ampelanlagen tatsächlich die taktile Vibration funktioniert und keine Attrappe vorhanden ist.

Ebenso wird an die Situation des Gruitener Bahnhofs im Hinblick auf die Problematik für Menschen mit Behinderungen erinnert. Der Bahnhof in Gruiten kann nur schwer bis gar nicht von dieser Personengruppe genutzt werden.

Die Verwaltung wird diese Problematik an die entsprechenden Verantwortlichen weiter geben.

Auch wurde die Problematik am Haaner Krankenhaus benannt. Dort werden Autos so geparkt, dass Menschen mit Behinderung den Gehweg kaum bis gar nicht mehr nutzen können.

Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt der Verwaltung, den Vortrag der Behindertenbeauftragten wegen der vorgenannten Verkehrssituation auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr aufzunehmen.

3./ Bericht des Seniorenbeirates

Protokoll:

Herr Sattler stellt den Bericht des Seniorenbeirates vor.

Es wird mitgeteilt, dass Herr Dr. Reisewitz als Vorsitzender zurückgetreten ist und daher eine Neuwahl stattfinden müsse.

Die Stelle im Seniorenbüro sei auf 1,0 aufgestockt worden. Die interne Stellenausschreibung im Bereich des Seniorenbüros erfolge zeitnah.

Die Verwaltung gibt zu Protokoll, dass ein runder Tisch in den Quartieren Ende 2018 / Anfang 2019 zustande kommen soll. Hierzu soll in der nächsten Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses im September 2018 informiert werden, um anschließend dem HFA und Rat hierrüber entsprechend mehr Informationen zukommen lassen zu können.

Der Sozial- und Integrationsausschuss bat darum, das die Tu Dortmund das Ergebnis der Hochaltrigenbefragung in einer nächsten Sitzung des Ausschusses vorstellt.

Die Verwaltung sagt dieses zu.

4./ Handlungsempfehlung für eine seniorengerechte Quartiersentwicklung Vorlage: 50/012/2018

Protokoll:

Die Verwaltung erklärt, dass die Aufgabenstellung nur geleistet werden kann, wenn die seniorengerechte Quartiersentwicklung zentral in der Verwaltung angesiedelt sei.

Hierzu sei zunächst nötig, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen (ein Handlungskonzept zu erstellen). Es empfiehlt sich hierfür Fördergelder/ -mittel zu beantragen.

Herr Dürr merkt an, dass dieses Handlungskonzept auch weiteren Ausschüsse vorgestellt werden sollte.

Beschluss:

1. Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Haan, die vorliegende Handlungsempfehlung als Leitlinie zur Entwicklung der Seniorenarbeit/seniorengerechte Quartiersentwicklung zugrunde zu legen.
2. Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Haan, die Verwaltung zu beauftragen, auf Basis der Handlungsempfehlung Maßnahmen zur Entwicklung seniorengerechter Quartiere zu ergreifen. Hierfür sind im Rahmen der Haushaltsplanberatungen Mittel in den Haushalt 2019 einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

5./ Anfragen**Protokoll:**

Frau Zerhusen-Elker fragt nach dem aktuellen Sachstand bezüglich der Disco-Veranstaltung für Menschen mit Behinderung.

Die Verwaltung hält Rücksprache mit den entsprechenden Verantwortlichen und wird die Rückmeldung an die SIA-Mitglieder weitergeben.

6./ Mitteilungen**Protokoll:**

AL Schneider informierte, dass der Landschaftsverband Rheinland derzeit die Zuständigkeiten hinsichtlich des Bundesteilhabegesetzes neu ordnet. Das Gesetz sieht vor, dass die Leistungen des BTHG aus „einer Hand“ geleistet werden. Der Landschaftsverband hat allerdings schon mitgeteilt, dass die Gewährung der Grundsicherungsleistungen durch die Kreise bzw. wegen der Delegation dieser Aufgaben an die kreisangehörigen Städte, durch diese erfolgen sollte.

Aufgrund der Tatsache, dass weder die Stadt Haan, noch der Kreis einen Überblick über die Anzahl der dann neu zu bearbeitenden Grundsicherungsfälle hat, wurde der LVR um Benennung der Fallzahlen für den Kreis Mettmann gebeten. Die Zahlen sind noch nicht bekannt. Je nach Höhe der Fallzahlen für die Stadt Haan, könnte sich in 2020 die Stellensituation des Amtes 50-1 verändern, was wiederum Einfluss auf den Haushalt 2020 haben könnte.

Die Verwaltung gibt zu Protokoll, dass es im Juni und Juli 2018 neue Zuweisungen von insgesamt etwa 10-12 Personen gab, die in der Landesfinanzschule und in Gruitzen Düsseldorfstr., unterzubringen sind.

Zudem seien die Sicherheitsleistungen, entsprechend der politischen Vorgaben, von 100 Stunden auf 90 Stunden reduziert worden. Dies wurde bereits in den Monaten April und Mai 2018 erprobt. Weiter sollen die 90 Stunden ab Juni 2018 auf 80 Stunden reduziert werden und diese Reduzierung im zweiten Halbjahr 2018 fortgeführt werden. Hervorzuheben sei an dieser Stelle, dass von Mitte Mai bis Mitte Juni 2018 Ramadan stattfindet und für diesen Zeitraum der Stundenanteil der Sicherheitsleistungen anzupassen ist. Dies betrifft nur den Standort Landesfinanzschule wegen der Nachbarbebauung.

Die Verwaltung wird über die weitere Entwicklung berichten.